

dass der Handlungsmodus «Markt» allein nicht zu einer ausgewogenen Entwicklung führt, sondern im Gegenteil Ungleichgewichte generiert, die in der Regel auch die Peripherie benachteiligen. Eine wirklich entscheidende Verbesserung der Situation kann also durch das Wirken der Marktkräfte allein nicht erwartet werden, vielmehr muss die Politik dafür sorgen, dass hier die entsprechenden Leitplanken errichtet werden. Oder mit andern Worten: Die Zukunft peripherer Regionen ist also auch ein Abbild des politischen Willens und der entsprechend eingesetzten Ressourcen, in welche Richtung der Weg gehen soll. Damit sind allerdings keineswegs technokratische Machbarkeitsphantasien gemeint. Vielmehr muss klar festgehalten werden, dass sich Markt und Politik ergänzen müssen, dass regionalpolitische Akzente nur notwendige aber keineswegs hinreichende Bedingungen sind für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit den aktuellen Problemen.

## Standortwettbewerb und Regionalpolitik

Die dargelegten ökonomischen bzw. wirtschaftspolitischen Mechanismen stellen nun jede Region vor die Frage, wie denn mit dieser Situation umzugehen sei. In vorher nicht gekannter Schärfe entfaltet sich ein Standortwettbewerb um die Gunst der Investoren, Unternehmen und Haushalte.<sup>35</sup> Es liegt in der Logik des Systems, dass jede Region – auf sich selbst gestellt – pragmatische und endogene Lösungen sucht. Attraktiver als andere ist *jener* Standort, welcher bei den Leistungen zulegen oder zumindest den bisherigen Standard hält, bei Steuern und Ab-

---

35 Es erscheint uns wenig hilfreich, das Ganze Gerede vom Standortwettbewerb als bloße Chimäre, als Diskursrhetorik und leere Drohgebärde abzutun (M. Gollner et al.: Standortwettbewerb zwischen Konkurrenz und Kooperation. (= Kritische Geographie 16). Wien 2006. Es ist zwar unbestritten, dass der Wettbewerbsdruck als Drohung eingesetzt wird – diese werden von Fall zu Fall aber auch wahrgemacht und sind somit mehr als bloße Rhetorik. Daneben gibt es aber zweifellos auch viele Fälle, in denen Konzessionen der öffentlichen Hand nicht nötig gewesen wären, sondern als reines Entgegenkommen einzustufen sind. Über die (berechtigte) moralische Empörung angesichts der offensichtlichen Umverteilung von unten nach oben hinaus ist aber zu fragen, wie denn Abhilfe geschaffen werden könnte – unseres Erachtens am ehesten über eine Regionalpolitik, welche den Handlungsspielraum zugunsten der öffentlichen Interessen besser als bisher wahrnimmt.